

**2004**

#### **Ein Kinderheim für Kriegskinder aus Bosnien-Herzegowina**

Dieses Heim, das von der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley seit 1998 in der Nähe von Split in Kroatien betrieben wird, lädt jedes Jahr viele Kinder aus mittellosen Flüchtlingsfamilien aus dem ehemaligen Kriegsgebiet zu einwöchigen Ferienaufenthalten am Meer in Kroatien ein. Die Aufenthalte sind für die Familien völlig kostenlos. Wir würden uns freuen, wenn Sie/Ihr Interesse für dieses Projekt zeigt, und eine kleine Spende an den gemeinnützigen Verein Seestern e.V. leistet, der das Projekt trägt. Alle Spenden sind steuerlich absetzbar - Spendenquittung wird gerne zugesandt. Mehr Informationen finden Sie hier:

> Spendenkonto:  
> Verein Seestern e.V.  
> Kennwort "Projekt Seestern"  
> Kto.Nr. 1018229036  
> Bankleitzahl 100 900 00  
> Berliner Volksbank

---

#### **10. Dezember 2004 | Konrad Weiß: Vorgehensweise gegenüber BIRTHLER-Behörde «gesetzwidrig»**

Der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß übt scharfe Kritik an der Bundesregierung. Dass sie ein Konzept zum Ende der Stasiunterlagen-Behörde entwickelt habe, sei «völlig inakzeptabel» wie das Konzept selbst, so Weiß zur Netzeitung.

Das am Freitag bekannt gewordene Arbeitspapier zur Auflösung der Bundesbehörde für die Stasiunterlagen ist für den früheren DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß «gesetzwidrig» und «völlig inakzeptabel». Die Bundesbehörde erfülle auf der Basis des deutschen Einigungsvertrags einen Verfassungsauftrag, «den ein Minister nicht einfach im Alleingang übergehen kann», sagte der Publizist, Regisseur und Mitgründer der Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt», der der letzten DDR-Volkskammer und von 1990 bis 1994 auch der Grünen-Fraktion des Bundestages angehörte, der Netzeitung. Es sei allein Sache des Bundestages, über die Zukunft der BIRTHLER-Behörde zu bestimmen.

Weiß unterstellt, dass es für das Arbeitspapier eines Staatssekretärs bei der Kulturstatsministerin Christina Weiss einen Auftrag auch des Bundesinnenministers Otto Schily gegeben habe, dessen Haltung zur Bundesbehörde für die Stasiunterlagen seit jeher gespannt und von Starrsinn geprägt sei. Das Arbeitspapier sei ein «beispielloser Vorgang», der dokumentiere, wie wenig Schily von Gesetzen halte, so Weiß.

Weiß trat im Gespräch mit der Netzeitung dafür ein, die Zukunft der BIRTHLER-Behörde an den Interessen der Betroffenen zu orientieren. Daher ist es aus seiner Sicht «um mindestens zwanzig, dreißig Jahre zu früh», die Stasiunterlagen wie ganz normale staatliche Akten zu behandeln und dem Bundesarchiv oder Landesarchiven zu übergeben, wie es in dem Arbeitspapier vorgeschlagen wird. Der Auftrag der Behörde sei die Offenlegung der Akten für die Betroffenen, die im Rahmen der Archivgesetzgebung nicht mehr möglich wäre, so Weiß. Die Übertragung der Akten ans Bundesarchiv wäre somit eine «politische Entscheidung, die den Intentionen der Bürgerbewegung entgegen liefe, die die Öffnung erkämpft hatte».

Weiß äußerte Verständnis für die Kritik des Berliner SED-Forschers Manfred Wilke, der in der Netzeitung beklagt hat, dass es ein «Sonderrecht» für den Zugang zu Stasiunterlagen gebe, das die Forschung erschwere. Wer ernsthaft forschen wolle, komme in der Regel auch an die Informationen, die er brauche, meint Weiß. Das «höhere Gut» sei jedoch der Auftrag der Behörde, die «unbegrenzte Einsichtnahme für die Betroffenen zu gewähren». Sie werde darin ohnehin durch das restriktive Urteil zur Öffnung der Akte von Altkanzler Helmut Kohl behindert.

Es sei «nicht zwingend», DDR-Gedenkstätten und Stasiunterlagen-Behörde in eine Hand zu überführen, kritisierte Weiß den vergangene Woche angekündigten Wechsel der Dienstaufsicht über die Behörde vom Innenministerium zur Kulturstatsministerin, die für die Gedenkstätten zuständig ist. «Die Gedenkstätten gehören in einen Bereich, das ist sinnvoll», sagte Weiß. Die BIRTHLER-Behörde habe jedoch «unterschiedliche Aufgaben». Es gebe auch zur NS-Zeit eigenständige Archive ohne Anbindung an Gedenkstätten.

*Für das Web ediert von Joachim Widmann, Alle Rechte © 2005 NZ Netzeitung GmbH*

---

#### **Pressemitteilung vom 10. Dezember 2004 Vorgehen gegen die Stasiunterlagenbehörde - Affront gegenüber dem Bundestag!**

Das Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur fordert angesichts aktueller Pläne der Bundesregierung, die Behörde die Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen abzuwickeln, den Deutschen Bundestag eindringlich auf, seine Hoheit über die Behörde zu verteidigen. Das angekündigte Vorgehen gegen die Stasiunterlagenbehörde ist ein Affront gegenüber dem Bundestag, der das Stasiunterlagengesetz beschlossen und die Bundesbeauftragte gewählt hat. Die beabsichtigte Abwicklung der Behörde verstößt gegen das Stasiunterlagengesetz und gegen den Einigungsvertrag. Offenbar soll die letzte institutionalisierte Bastion der friedlichen Revolution von 1989 geschliffen werden, was 15 Jahre nach diesem Ereignis eine verheerende symbolische Bedeutung bekommt.

Dem Vorgehen gegen die Behörde der Bundesbeauftragten, sie kurzfristig dem Kulturstatsministerium zu unterstellen, sie in den nächsten 5 Jahren zu schließen und die Bestände ins Bundesarchiv zu überführen, liegt offenbar die falsche Auffassung zu Grunde, es handle sich bei dieser Institution um ein kulturhistorisches Aktenlager. Die Behörde hat jedoch gerade für die Opfer der SED-Diktatur eine immens politische Bedeutung. Bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht sowie der Rehabilitation und Würdigung der Opfer der Diktatur ist ihre Arbeit auch zukünftig unerlässlich.

Bärbel Bohley Vorsitzende  
Konrad Weiß Vorstand  
Siegfried Reiprich Vorstand  
Dr. Helmut Nicolaus Vorstand

---

#### **Pressemitteilung vom 10. Oktober 2004 Konrad Weiß: Einmal Verlierer - immer Verlierer?**

Vor einigen Tagen lernte ich bei einer Tagung zwei junge Autorinnen kennen, die sich in ihrem Erstlingsbuch auf ganz unterschiedliche Weise mit der deutschen Einheit befassen. Beide zählen zur Generation 89, zur Generation derer, die mit der Wiedervereinigung erwachsen geworden sind. Claudia Rusch, die Ostdeutsche, hat ein wunderbares Buch über ihre Kindheit in der DDR und ihr Erwachsenwerden in Deutschland geschrieben - erlebte Geschichten, warmherzig und ganz ohne Sentimentalität. Auch Susanne Leinemanns Buch ist autobiographisch. Die Westdeutsche hat sich frühzeitig für die DDR interessiert - nicht für den Staat, sondern für die Menschen. Für sie war 1989 die Stunde ihrer Generation, die Stunde der Jugend. Beide jungen Frauen haben damals das Land ihrer Kindheit verloren. Aber es ist kein Verlust, dem sie nachtrauern. Für sie ist das wiedervereinigte Land Heimat, auch wenn sie das so wohl nicht sagen würden.

Für mich waren die beiden Bücher, die ich am Tag der deutschen Einheit auf einer langen Bahnfahrt gelesen habe, eine Entdeckung, weil sie so ganz ohne Jammern und Vergangenheitsverklärung auskommen. Ohne das Jammern im Westen über die hinausgeworfenen Milliarden. Und ohne die Nostalgie im Osten, wo sich viele die DDR posthum schönreden. Die beiden jungen Frauen zeigen, daß man das wiedervereinigte Land auch einfach annehmen kann. Daß man es als Chance und vielleicht auch als Glück begreifen und versuchen kann, das Beste daraus zu machen. Ich bin überzeugt, so wie sie denken viele, auch wenn uns Meinungsumfragen und Medien oft etwas anderes weismachen wollen.

Seit Jahren werden uns regelmäßig die astronomischen Summen aufgetischt, die die Wiedervereinigung gekostet haben soll. Diesmal war es eine Summe jenseits der Billionengrenze; auf ein paar hundert Milliarden mehr oder weniger kommt es den Stimmungsmachern nicht an. Glaubt man ihnen, so sind die Westdeutschen per se Verlierer der Einheit, sie hätten schließlich das ganze Schlamassel bezahlt. Doch das ist eine Milchmädchenrechnung; auf der Habenseite steht keineswegs ein Minus, auch ökonomisch nicht. Denn die Maueröffnung hat der westdeutschen Wirtschaft auch 16 Millionen Konsumenten beschert, hat für ein Jahrzehnt Arbeitsplätze in der alten Bundesrepublik gesichert und dafür gesorgt, daß der Wirtschaftswunderwohlstand für sieben weitere fette Jahre erhalten blieb. Die Reformen, die jetzt notwendig werden, waren schon Ende der achtziger Jahre überfällig. Dank des Mauerfalls konnte man sie weiter aufschieben. Ob das klug war, ist eine andere Frage. Wir hätten die Wiedervereinigung ja auch zur gründlichen Erneuerung des ganzen Landes nutzen können. Doch die das damals wollten, wurden ausgelacht. Doch es gibt tatsächlich Verlierer der Einheit. Und hier meine ich nicht die SED-Eliten, die ihre Privilegien verloren haben und auf einmal Menschen sind wie du und ich. Ich meine auch nicht die vielen Arbeitslosen und Entwurzelten, die nach 1989 nie eine Chance mehr hatten oder mit der neuen Freiheit nichts anzufangen wußten. Auch nicht die Jungen, die ohne Glauben und ohne Ideale aufwuchsen und nun den roten und braunen Verführern hinterherlaufen. Sie alle mögen tatsächlich Opfer des Umbruchs und der Übergangszeit sein. Vielleicht aber sind sie auch nur Opfer einer verfehlten Politik.

Die wirklichen Verlierer sind andere: Menschen, die in der DDR für Freiheit und Demokratie gekämpft haben, die verfolgt und eingesperrt waren, die berufliche Nachteile in Kauf nehmen mußten. Heute kämpfen sie oft vergebens um ideelle Anerkennung und eine angemessene Entschädigung. Fast täglich melden sich im Bürgerbüro zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, das vor acht Jahren von Bürgerrechtlern und Politikern gegründet wurde, Menschen, denen der Rechtsstaat keine Gerechtigkeit widerfahren läßt. Sie berichten von hartherzigen Bürokraten, von intakten Seilschaften in den Verwaltungen, von Richtern, die den Tätern Glauben schenken, nicht den Opfern. Sie müssen es hinnehmen, daß ihre Verfolger sichere Posten haben, während sie arbeitslos sind, oder daß die Handlanger des SED-Regimes ein vielfaches ihrer eigenen Rente bekommen. Ich finde, wir dürfen uns damit nicht abfinden. Die Verlierer von damals dürfen nicht wieder Verlierer sein. Ein Recht, das Ungerechtigkeit fortschreibt, ist ein fragwürdiges Recht. Mögen Juristen auch erklären, Gerechtigkeit sei nicht die Sache des Rechts – politisch ist es das allemal. Denn eine Rechtsprechung, die die Täter belohnt und die Opfer benachteiligt, höhlt den Rechtsstaat aus und gefährdet die Demokratie. Verlierer sind auf Dauer wir alle.

Deutschlandfunk Köln, Die Sonntagskolumne, 10. Oktober 2004, © Konrad Weiß 2004

---

#### **Pressemitteilung vom 15. September 2004 Bundespräsident Horst Köhler besuchte das Bürgerbüro e.V.**

Bundespräsident Horst Köhler besuchte am 22. September um 14.00 Uhr das Bürgerbüro, Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur besuchen. Er wurde von der Vorsitzenden des Bürgerbüros, Bärbel Bohley, begrüßt. Während eines einstündigen Gesprächs mit Bürgerrechtlern, Mitgliedern und Mitarbeitern des Vereins informierte sich der Bundespräsident über die Arbeit des Vereins. Im Vordergrund stand dabei die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Im Anschluss an das Gespräch besuchte der Bundespräsident das in unserem Hause befindliche Dokumentationszentrum Berliner Mauer, die Mauergedenkstätte und die Kapelle der Versöhnung in der Bernauer Straße.

gez. Dr. Ehrhart Neubert

---

#### **Finissage zur Wanderausstellung „Der Demokratische Aufbruch – von einer Bürgerbewegung zur Partei 1989/90“ Podiumsgespräch: Aufbruch zur Demokratie – Politische und persönliche Wege in der Bürgerbewegung von 1989**

am Donnerstag, den 16. September 2004 um 18.00 Uhr im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, Berlin-Mitte

Eine Gesprächsrunde mit:  
Ulrike Poppe (Demokratie Jetzt)  
Wolfgang Templin (Initiative Frieden und Menschenrechte)  
Dr. Hans-J. Misselwitz (Friedenskreis Pankow/SDP)  
Dr. Fred Ebeling (Demokratischer Aufbruch)  
Peter Pragal (DDR-Korrespondent „Stern“)  
Moderation: Paul Werner Wagner

Zur Finissage der Wanderausstellung „Der Demokratische Aufbruch – von einer Bürgerbewegung zur Partei 1989/90“ treffen sich Repräsentanten der Bürgerbewegung der DDR zum Gespräch und reflektieren die friedliche Revolution des Herbstes 1989. Hierbei geht es um das eigene Erleben, die eigene Sicht und den Rückblick mit den Erfahrungen der letzten 15 Jahre. Ergänzt wird die innere Reflektion der Akteure durch eine profunde Sicht von Außen durch den damaligen Ostberliner Stern-Korrespondenten, der über viele Jahre die sich formierende DDR-Opposition aus nächster Nähe beobachten konnte.

Eine Veranstaltung des Bürgerbüro e.V.,  
Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Medien- und Kommunikationszentrum Berlin

---

#### **Presseerklärung vom 8. Juli 2004 Ergebnisse der friedlichen Revolution revidiert**

Das Bundesverfassungsgericht gab am gestrigen Tage zwei Entscheidungen bekannt, wonach Kürzungen der Renten von DDR-Funktionären verfassungswidrig sind, sofern diese nicht Mitarbeiter der Stasi gewesen waren. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, eine Neuregelung hinsichtlich einer Erhöhung der Rente für diesen Personenkreis zu schaffen.

Dieser Urteilsspruch steht in Kontinuität zu Entscheidungen desselben Gerichts im Hinblick auf Erhöhungen von Rentenansprüchen ehemaliger SED-Funktionäre, NVA- und Stasiangehöriger. Er schreibt zudem eine verhängnisvolle Tradition fort, wonach auch nach der NS-Diktatur belasteten NSDAP- und SS-Tätern Renten ungeschmälert gewährt wurden. Den Opfern der Diktatur dagegen wurden Würdigung und Entschädigung über viele Jahre verweigert; erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Wehrmachtsdeserteure.

Die vom Bundesverfassungsgericht geübte Rechtspraxis revidiert faktisch die Ergebnisse der friedlichen Revolution von 1989 und wendet sich gegen den Willen der ersten frei gewählten Volkskammer. Sie führt dazu, dass das Vertrauen der Opfer der SED-Diktatur gegenüber dieser Rechtspraxis gegen Null sinkt.

gez. Konrad Weiß, Vorstand  
gez. Siegfried Reiprich, Vorstand

---

#### **Pressemitteilung vom 23. Januar 2004 Urteil des Europäischen Gerichtshofes löst keine Probleme**

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg, dass die ohne Entschädigung vorgenommene Enteignung von Bodenreformländern unrechtmäßig sei, ist ein wichtiger Schritt hin zur Anerkennung und Wiedergutmachung von Unrecht in Folge der kommunistischen Herrschaft. Die Politik ist nun verstärkt in die Pflicht geraten, die übereinander liegenden Schichten von Unrecht wahrzunehmen und Regelungen zur Entschädigung und Würdigung aller Entrechteten zu finden.

Das Urteil löst aber keinesfalls die Probleme, die durch Enteignung und Vermögensverlust entstanden sind. Von der Bodenreform 1945 bis zu den Bodenreformen der letzten undemokratischen Regierung Modrow in der DDR entsandten sich die Verlierer willkürlich über die Rechte der Belasteten hinweggesetzt. Nur eine konkrete Regelung der offenen Fragen kann die ostdeutsche Gesellschaft befrieden.

Dr. Ehrhart Neubert,  
stellvertretender Vorsitzender

Konrad Weiß, Ralf Hirsch, Siegfried Reiprich,  
für den Vorstand